



CDU Fraktion Oerlinghausen



Oerlinghausen, den 25.06.2019

Antrag zum TOP 7 der Ratssitzung am 27.6.2019

Antrag:

1. Der Rat der Stadt Oerlinghausen bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.
2. Der Rat der Stadt Oerlinghausen erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Oerlinghausen ernsthafte Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.
3. Der Rat der Stadt Oerlinghausen erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.
4. Der Rat der Stadt erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes.
5. Der Rat der Stadt Oerlinghausen setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und den Aufwuchs von weiterer Bürokratie ab.
6. In der Stadt Oerlinghausen wird ein Beirat für eine klimagerechte Stadtentwicklung (citizenship for future) eingerichtet, der sich aus den unterschiedlichsten Lebens- und Gesellschaftsbereichen zusammensetzt. Dazu gehören sollen Vertreter der: Schüler, Lehrer, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, dem Beirat für Menschen mit Behinderungen, Wissenschaftler, Techniker, Familien und Senioren, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, Energieversorger. Der Beirat soll die Herausforderungen des Klimawandels für Oerlinghausen diskutieren und der Politik Vorschläge für eine klimagerechte Stadtentwicklung machen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, das Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 fortzuschreiben, die Einrichtung eines Klimaschutzmanagers zu überprüfen, weitere Klimaschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte aufzuzeigen und Veranstaltungen zum Klimaschutz anzubieten, um Klimanotstand zu vermeiden.
8. Die Verwaltung bewirbt auch das lippische Jugend-Klimaparlament, das 2018 gegründet wurde und für Schüler eine Möglichkeit darstellt, sich aktiv für den Klimaschutz in Lippe einzusetzen und ihn mitzugestalten.

Begründung:

Fest steht und richtig ist, dass es ein ernsthaftes Problem beim Schutz des weltweiten Klimas gibt.

Richtig ist aber auch, dass die Kommunalpolitiker in Oerlinghausen seit Jahren für den Klimaschutz arbeiten.

Deshalb ist es uns wichtig, nicht den Notstand auszurufen, sondern ihn zu vermeiden.

Wir haben neue Fahrradwege und Fahrradabstellplätze gebaut zur Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr; wir haben ein „Klimaquartier Südstadt“ in der Umsetzung. Wir prüfen vor jeder Baumaßnahme die Verträglichkeit mit Flora und Fauna und bauen energieeffizient. Wir bestücken die öffentlichen Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen und bieten Energieberatungen an. Unsere Stadtwerke haben ein Energiemanagement und ihre Maßnahmen dienen dem Ziel der CO₂-Reduzierung. Wir haben einen fixen Tagesordnungspunkt zum

Klimaschutz im Umweltausschuss.

Richtig ist aber auch, dass Deutschland am weltweiten CO₂-Ausstoß einen Anteil von lediglich 2 Prozent hat und keine Kommune allein in der Lage sein wird, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um das im Klimaabkommen von Paris festgelegte Ziel von einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu erreichen.

Dennoch muss auch in Oerlinghausen ein ernsthafter Beitrag dazu geleistet werden, dass Deutschland seine Verpflichtung aus diesem Abkommen auch tatsächlich erreicht.

Aus Sicht der CDU ist es dabei überaus wichtig, die Menschen auf dem Weg mitzunehmen, sie dazu zu ermutigen, aktiv an der Entwicklung der Stadt mitzuwirken, z.B. bei der energetischen Sanierung ihrer Häuser.

Verbote oder Bevormundung sind dagegen für eine breite Akzeptanz einer klimagerechten Stadtentwicklung ebenso kontraproduktiv, wie die Ausrufung des Klimanotstandes.

Erklärt die Stadt Oerlinghausen den Klimanotstand, müssen alle Maßnahmen und Handlungen dahinter zurücktreten. Der Schutz der Artenvielfalt ebenso wie alle anderen Belange des Umwelt- und Naturschutzes, die Sorge dafür, den Menschen in der Stadt bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen würde ebenso hintangestellt, wie die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandortes zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Stadt.

Nicht zuletzt müsste jede Form unnötigen (z.B. Schwimmbad, Kirmes oder Volksfest) CO₂-Ausstoßes konsequent eingestellt werden.

Wir setzen auf eine breit akzeptierte, klimagerechte Stadtentwicklung, auf ernsthaftes Handeln, nicht auf Symbole.

Dazu sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen.

Angelika Lindner, Stephan Heidbrink, Hans-Josef Hünerbein

i.A. der CDU Fraktion